

Im Hinblick auf die von der rot-grünen Landesregierung angestrebte Abschaffung der Studienbeiträge zum Wintersemester 2011/12 werden im Fachbereich Rechtswissenschaften jetzt schon Mittel eingespart. Die Einsparungen werden sich im Laufe der nächsten Semester zunehmend auch im Leistungsangebot für Studenten niederschlagen.

Beschlossen ist, die durch Studienbeiträge finanzierten zusätzlich geschaffenen „externen“ Arbeitsgemeinschaften (AGen) mit dem Beginn des Sommersemesters 2011 wieder abzuschaffen.

Zwar wird es weiterhin AGen für die unteren Semester geben, allerdings mit deutlich höherer Teilnehmerzahl, was den Lernerfolg deutlich vermindern wird.

Frau Dr. Schiemichen (Leiterin des Fachbereichsmanagements) gab diesbezüglich zu bedenken, dass insbesondere die AGen durch die Anmietung von zusätzlichen Räumlichkeiten sehr kosteninten-

siv seien und nach der Studienordnung lediglich ein Schein über die Teilnahme an einer AG erforderlich sei.

Ebenfalls bereits verabschiedet ist, nach Aussagen von Frau Dr. Schiemichen, die Abschaffung des fachspezifischen Fremdsprachenangebotes in Spanisch. Spanisch sei insofern verzichtbar, da hier tatsächlich fast nur Grundlagenkenntnisse und keine umfangreichen juristischen Sprachkenntnisse vermittelt würden, so dass für Interessierte problemlos auf das freizugängliche Fremdsprachenangebot der Uni Bonn verwiesen werden könnte.

Der Spanischkurs hatte sich bisher einer hohen Nachfrage erfreut.

Personale Einsparungen wird es in jedem Fall im Bereich der Vortrags-AG, die den Studierenden eine Möglichkeit gibt, die Situation in der mündlichen Prüfung des ersten Staatsexamens zu simulieren, geben. Die Stelle der Projektleitung wird ersatzlos gestrichen. Studentische Hilfskräfte sollen statt bisher 22,5 nur noch

Man „glaubt nicht“ an Ausgleichszahlungen

Streichung von Geldern für die öffentlichen Unis um eine Privatuni zu finanzieren? In Hessen wurde das gemacht.

Privatisierung der Bildung Seite 4

Im Studierendenparlament wurden wichtige Entscheidungen getroffen. Außerdem waren Vertreter des AStA auf der Sitzung des Hochschulrates

Seite 5

Liebe Leserin, lieber Leser, auch wir in der Redaktion haben uns einmal ein bisschen Ferien gegönnt und keine BASTa herausgebracht. Das heißt nicht, dass wir in dieser Zeit unsere Augen und Ohren geschlossen hatten - das Gegenteil ist der Fall: Wir haben das Geschehen rund um die Uni beobachtet und es gibt viel Interessantes und Spannendes zu berichten.

So ist die Bonner Studierendenschaft wieder Mitglied im fzs, es gibt einen Studibus, den ihr künftig für Transporte günstig mieten könnt, und kreative Studierende schufen Kunstwerke aus Hinweisschildern.

Wir wünschen euch recht viel Freude mit diesem Heft.

Die Redaktion



Fortsetzung Seite 2

15 Wochenstunden beschäftigt werden. Bei Schaffung der Vortrags-AG sei immer klar gewesen, dass dieses Angebot das erste sein würde, das im Bedarfsfall Einsparungen hinnehmen müsse.

Neu geschaffen wird entgegen dem allgemeinen Trend eine vierte mit Studienbeiträgen finanzierte W2-Professur. Ebenfalls Priorität genießen nach Aussagen der Fachschaft und des Fachbereichsmanagements die geschaffenen verlängerten Öffnungszeiten des juristischen Seminars. Ausgenommen von Einschnitten soll ebenfalls der Klausurenkurs, mit wöchentlich zwei Klausuren als Übung für das erste Staatsexamen sein.

Verschmerzbar, wenn auch aus hygienischer Sicht dramatisch, erscheint die bereits durchgeführte Verringerung der Toilettenreinigungen auf den Stand vor der Einführung der Studienbeiträge. Der juristische Fachbereich sei nicht bereit gewesen, sich diese zusätzlichen Kosten weiterhin zu leisten. Die Volkswirtschaftler hätten sich eine Fortführung der ausgeweiteten Dienste zwar vorstellen können, so Frau Dr. Schiemichen, allein tragen wollten sie diese jedoch nicht.

Motiviert sind all diese Einsparungen sowohl nach Angaben des Fachbereichsmanagements als auch der Fachschaft Jura, die die dafür erforderlichen Beschlüsse mitgetragen hat, durch die Notwendigkeit, mit Beiträgen Rücklagen zu schaffen, um im Wintersemester 2011/12 die besonders wichtigen Angebote (W2-Professuren, Klausurenkurs, Seminaröffnungszeiten) aufrechtzuerhalten.

Dass die nun in NRW regierende Koalition aus SPD und Grünen im Koalitionsvertrag angekündigt hat, die fehlenden Studiengebühren aus Landesmitteln zu ersetzen, ist auch den Mitgliedern der Studienbeitragskommission bekannt. Allerdings wird diesem Versprechen des Koalitionsvertrages sowohl von Seiten der Fachschaft Jura als auch von Frau Dr. Schiemichen wenig Vertrauen entgegen gebracht. Vielmehr sei klar, dass die Kassen des Landes leer seien und sich das Land einen Ausgleich für den Wegfall der Studienbeiträge nicht leisten könne. Sollte dieser Ausgleich wider Erwarten doch stattfinden, so stünde zu befürchten, dass das Land dies bei der allgemeinen Finanzierung der Hochschulen wieder kompensiere.

Bemerkenswert bleibt, welche ungeteilte Zustimmung diese Ansicht auch bei der Fachschaft er-

fährt. Schließlich steht den ca. 250 Mio € Studienbeitragsaufkommen ein Haushaltsumfang von 53 Mrd. € im Jahr 2010 gegenüber. Dies ergibt einen Anteil von nicht einmal 0,5 %.

Auch die Bedenken hinsichtlich der Rechtmäßigkeit des Ansparens von Beiträgen sind Frau Dr. Schiemichen nicht unbekannt. Denn Beiträge werden per Definition gezahlt für die Möglichkeit der Inanspruchnahme konkreter Leistungen. Die Problematik, dass einige Studierende der Rechtswissenschaften jetzt Beiträge zahlen, zum Zeitpunkt des Angebotes der Leistungen im Wintersemester 2010/11 aber womöglich die Universität bereits verlassen haben, sei ihr schon mehrfach vorgetragen worden. Eine rechtliche Einschätzung könne sie dazu aber nicht abgeben, da sie selbst keine Juristin sei. Nachforschungen in dieser Hinsicht wurden jedoch nicht angestellt.

Vielmehr appelliert Frau Dr. Schiemichen an die Solidarität der Studierenden mit folgenden Semestern, die etwa das Angebot des Klausurenkurses erst zu einem späteren Zeitpunkt wahrnehmen könnten. Außerdem gab sie zu bedenken, dass auch im Semester der Einführung der Studienbeiträge noch keine Leistungen in vollem Umfang angeboten werden könnten.

Im Vergleich zu anderen Fachbereichen der Universität sieht die Leiterin des Fachbereichsmanagements die juristische Fakultät in der Vorreiterrolle. Ihr seien keine ähnlichen Maßnahmen aus anderen Fachbereichen bekannt. Insbesondere in der philosophischen

Fakultät sei man sich der aktuellen Situation ihrem Gefühl nach noch nicht bewusst. Die juristische Fakultät sei einfach besonders gut und straff organisiert.

Weniger von straffer Organisation zeugen hingegen die Aussagen der Fachschaftssprecherin Christina Müser. Zwar gäbe es bereits Beschlüsse, diese könnten aber auch noch in der nächsten Sitzung zurück genommen werden. Es handle sich insoweit um ungelegte Eier. Besonders irritierend erscheint diese Aussage vor dem Hintergrund der bereits seit diesem Sommer stark reduzierten Toilettenreinigungen.

Nachhaltige Probleme erzeugen könnten die geplanten Kürzungen aber im Hinblick auf die Zeit nach den Studienbeiträgen. Werden die Studienbeiträge, wie im Koalitionsvertrag der rot-grünen Landesregierung angekündigt, nach dem Modell „Geld folgt Studierenden“ ersetzt, könnte sich der geplante Kahlschlag bei den AGen mittelbar auf die Finanzierung durch das Land auswirken. Gerade das Zurückfahren von Leistungsangeboten in unteren Semestern könnte Studienanfänger dazu bewegen, sich einen Studienplatz an einer anderen Universität zu suchen. Blieben dann Kapazitäten in Bonn frei, würden auch weniger Landesmittel in die Kassen der Bonner Universität und damit auch des Fachbereiches Rechtswissenschaften fließen.

Philipp Hoene

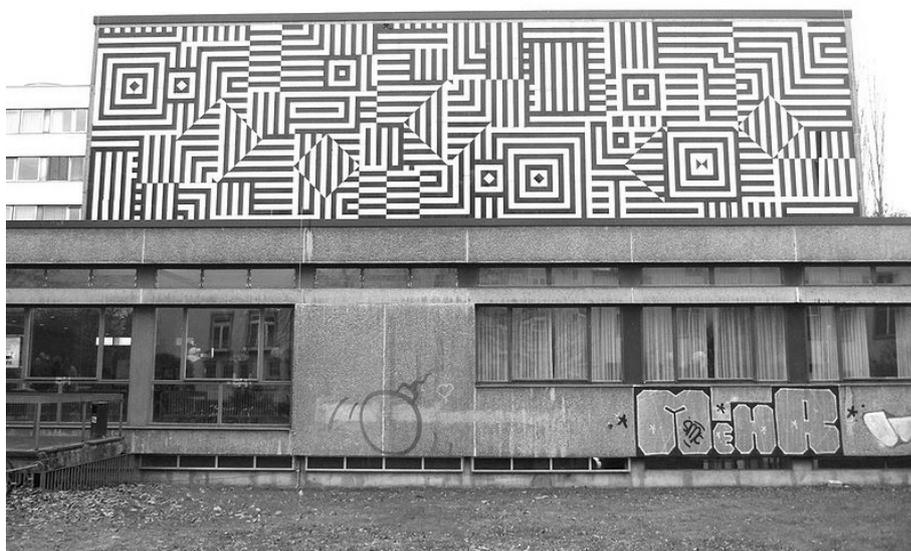


Foto: Hans Weingartz

Spitzenförderung statt Breitenförderungen

Nationales Stipendienprogramm und Bafög

Die Bundesregierung hat zwei Projekte in der Studienfinanzierung vorbereitet. Zum Einen eine Erhöhung des Bafögs und zum Anderen das nationale Stipendienprogramm. Dabei sollen nach Vorbild der NRW-Stipendien die besten 8% der Studierenden in Deutschland ein Stipendium von 300€ im Monat erhalten, das je zur Hälfte von der Wirtschaft und der öffentlichen Hand bezahlt wird. Soziale Kriterien sollen bei der Vergabe dieser Stipendien keine Rolle spielen.

Nun hat der Bundestag die Bafög-Erhöpfung vorläufig gestoppt und an den Vermittlungsausschuss übergeben, aber das Stipendienprogramm durchgewunken. Dies zeugt von einer falschen Prioritätensetzung. Es gibt das Problem, dass sich viele Studienberechtigte ein Studium schlichtweg nicht leisten können. In einer Studie der Hochschulinformationssysteme GmbH gaben 77% der Hochschulzugangsberechtigten, die sich gegen ein Studium entschieden

hatten, finanzielle Gründe für ihren Verzicht an. Außerdem haben viele Studierende mit erheblichen finanziellen Problemen zu kämpfen. Dieses Problem wird durch Studiengebühren und die oft hohe Stofffülle in den Bachelor/Master-Studiengängen, die in vielen Fällen keine Zeit lässt, um neben dem Studium zu arbeiten, noch verschärft. Abhilfe kann nur ein Ausbau der Studienfinanzierung in der Breite schaffen wie ein Ausbau des Bafögs. Stipendien für die besten 8% der Studierenden lösen das Problem hingegen nicht. Wer sich aus finanziellen Gründen gegen ein Studium entscheidet, wird sich kaum von der wagen Hoffnung auf ein Stipendium umstimmen lassen. Außerdem kommen leistungsbezogene Stipendien zu einem großen Teil Studierenden, die keine finanziellen Sorgen haben, zu Gute. Wer zum Beispiel neben dem Studium nicht arbeiten muss, hat mehr Zeit zum Lernen und damit oft auch bessere Noten. Die Zusammensetzung

der Stipendiaten der Begabtenförderungswerke zeigt ebenfalls, dass Studierenden ohne finanzielle Sorgen bessere Chancen auf ein Stipendium haben.

*Alex Krüger,
Referat für Hochschulpolitik*



Foto: Robert Kalina

Bonner Studierende endlich wieder mit starker Stimme überregional vertreten

Vom vorletzten Wochenende 6. bis 8. August 2010 fand in Köln die Mitgliederversammlung des fzs (freier Zusammenschluss von studentInnenschaften) statt. Der fzs ist der überparteiliche Dachverband von Studierendenvertretungen in Deutschland und vertritt bundesweit soziale, kulturelle, politische und wirtschaftliche Interessen von Studierenden. Etwa 80 Hochschulen sind Mitglied im fzs, sodass rund eine Millionen Studierende in Deutschland durch ihn vertreten werden.

Auch die Universität Bonn ist wieder Mitglied im Zusammenschluss. Die Aufnahme erfolgte am Freitag, dem 6. August, bei der Mitgliederversammlung. Der AStA-Vorsitz, der als Vertre-

ter der Studierendenschaft der Universität Bonn agiert, hatte zuvor den Antrag auf sofortigen Beitritt in den fzs gestellt. Der Antrag war an die Bedingung gekoppelt, die Mitgliedsbeiträge für die Universität Bonn für das laufende Haushaltsjahr zu erlassen. Diese Bedingung folgte aus der nachweislich angespannten Haushaltslage aufgrund stetig sinkender Studierendenzahlen und einer verantwortungslosen Finanzpolitik des Vorgänger-AStA, der u. a. den AStA-Beitrag gesenkt hatte. Der AStA-Vorsitz konnte die Mitgliederversammlung des fzs davon überzeugen, dass die Entrichtung von fzs-Mitgliedsbeiträgen für das laufende Haushaltsjahr der Bonner Studierendenschaft nicht möglich ist. Der

Erlassantrag wurde daraufhin einstimmig angenommen. Daneben wurden auch drei Mitglie-

der der jetzigen Bonner AStA-Koalition in den Ausschuss für Hochschulfinanzierung und Struktur gewählt. So werden Martin Commentz, Bianca Hilfrich und die AStA-Vorsitzende Magdalena Möhlenkamp auch auf überregionaler hochschulpolitischer Ebene Verantwortung übernehmen und die Bonner Studierendenschaft dort direkt vertreten. Magdalena Möhlenkamp zeigte sich nach der einstimmig erfolgten Wiederaufnahme hoch erfreut: „Dies ist ein gutes Signal für die Interessen der Bonner Studentinnen und Studenten. Endlich werden wir wieder überregional vertreten im größten überparteilichen Dachverband aller Studierendenschaften.“

*Anne Gerdorf,
Referentin für Öffentlichkeitsarbeit*

Die Privatisierung der Bildung

Hessens ehemaliger Ministerpräsident Roland Koch hat vor kurzen, mit seiner Äußerung für Aufregung gesorgt, dass vom allgemeinen Sparzwang auch die Bildungsausgaben nicht ausgenommen werden dürften. So müssten auch die staatlichen Hochschulen in seinem Bundesland ab 2011 jährlich 30 Millionen Euro einsparen. Trotzdem möchte die hessische Landesregierung und die Stadt Wiesbaden die Privathochschule „European Business School“ (EBS) mit insgesamt 34,7 Millionen Euro beim Aufbau einer „Law School“ unterstützen.

Die meisten deutschen Hochschulen sind staatlich und finanzieren sich zu einem Großteil aus der öffentlichen Hand. In den vergangenen Jahren wurden in allen Bundesländern allerdings so starke Einsparungen vorgenommen, dass die Hochschulen vermehrt sogenannte „Drittmittel“ akquirieren mussten – also Gelder, die Hochschulen neben ihrer Grundausstattung bei öffentlichen wie privaten Geldgebern einwerben. Letztendlich sind auch die – in Hessen zum Glück wieder abgeschafften – Studiengebühren in diesem Zusammenhang zu sehen. Neben den öffentlichen Hochschulen entstehen mehr und mehr private Hochschulen. Grundsätzlich spricht ja nichts dagegen, dass es neben den staatlichen Hochschulen auch private gibt und dass diese ebenso vom Staat unterstützt werden. Allerdings muss man bedenken, dass private Hochschulen finanziell oft die bessere Ausgangssituation haben: Viele von

ihnen lehren keine „teuren Fächer“ wie Naturwissenschaften und Medizin und machen zudem oft um Geisteswissenschaften, deren Erkenntnisse nicht direkt ökonomisch verwertbar sind, einen Bogen. In diesen Fächern ist es deutlich schwieriger, Drittmittel einzuwerben als etwa für Betriebswirtschaftslehre. Auch verfügen viele private Hochschulen über ein großes Stiftungsvermögen und nehmen horrende Studiengebühren. So bezahlt ein Student an der EBS 5750 Euro pro Semester.

Vor diesem Hintergrund ist es berechtigt, dass die Politik der hessischen Landesregierung von den staatlichen Hochschulen kritisiert wird: Wenn das Land meint, an Bildung sparen zu müssen, was prinzipiell schon ein Fehler ist, dann doch bitte nicht zuerst bei staatlichen Hochschulen, die doch viel stärker auf öffentliche Mittel angewiesen sind als die private Konkurrenz – schließlich ist die Finanzierung der ersteren die primäre Aufgabe der Hochschulausgaben. Außerdem sind die privaten Hochschulen eine auf Grund der hohen Gebühren wohl oft elitäre Veranstaltungen. An der EBS etwa erhalten ein Viertel der Studierenden ein Stipendium oder einen Förderkredit, was bedeutet, dass drei Viertel der Studierenden mehr als den Bafög-Höchstsatz allein für Studiengebühren bezahlen müssen. Die Haltung der hessischen Landesregierung ist also im Kontext der Privatisierung von Bildung zu sehen. Während die öffentlichen Hochschulen

in der Breite immer weniger Geld zur Verfügung haben, werden in Form von privaten Hochschulen und „Exzellenz-Universitäten“ einige wenige Hochschulen massiv gestärkt. So wurde mit der Universität Göttingen schon eine bei der Exzellenz-Initiative des Bundes erfolgreiche staatliche „Elite-Uni“ in eine Stiftungsuniversität umgewandelt. Es besteht die Gefahr, dass dieser Trend die Selektivität des deutschen Bildungswesen weiter verschärft.

Alexander Krüger,
Referat für Hochschulpolitik



Ex-Ministerpräsident Roland Koch beim Spargelstechen.
Foto: Thomas Holbach

**Die
besten
Preise
hat:**

der AstA-Laden 

Nassemensa

12:00 – 14:00*

im 1. Stock * Fr bis 13:45

Popmensa

11:45 – 14:00*

im Foyer * Fr bis 13:45

Wo möchtest du morgen früh aufwachen?



Michael, 35 Jahre, 12. Semester,
Diplom Übersetzen

Tja... ausnahmsweise in meinem
eigenen Bett.



Ji-Eun, 23 Jahre, 7. Semester,
Jura

Bei mir im Bett. Da fühle ich mich
am wohlsten.



Tobias, 27 Jahre, 8. Semester,
Ökotropologie

Am liebsten irgendwo weit weg
von hier. Im Urlaub, vielleicht in
Skandinavien.

Traurige Schicksale von Studierenden in der Mensa Nassestraße



Der SPatz pfeift vom Dach...

... was gib'ts Neues im Studierendenparlament?

Studierendenparlament verabschiedet wesentliche Vorhaben des AStA

Auf der Sitzung des Bonner Studierendenparlamentes am Mittwoch, dem 21. Juli 2010, wurden mit großer Mehrheit einige wesentliche Vorhaben des seit März amtierenden AStA verabschiedet.

So wurde zum einen über eine neue Kooperation mit der TuBF, der Therapie und Beratung für Frauen, und dem Sozialreferat des AStA abgestimmt. Mit 37 Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen sprach sich ein überragender Teil der Mitglieder des Studierendenparlamentes für eine derartige Kooperation aus. Die Zusammenarbeit hat den Vorteil, dass betroffene Frauen, die Beratung im Sozialreferat suchen, direkt an die TuBF weiterverwiesen werden können, falls der Bedarf einer längerfristigen Beratung oder einer Therapie besteht. Dabei wird der Großteil der Kosten vom AStA übernommen werden, so dass die Zusammenarbeit mit der TuBF die Möglichkeit der Therapie gerade für Studentinnen bietet, die ihr Anliegen

aus Gründen der Anonymität nicht über die Krankenkassen abrechnen möchten. Eine professionelle psychosoziale Therapie wird dadurch für viele Studentinnen erst ermöglicht werden. Ohne Gegenstimme und Enthaltung fiel die Abstimmung über die Kooperation des AStA mit einer Carsharing-Firma aus. Ab Oktober wird den Studierenden ein Kleinbus zur Verfügung stehen, der bei geringen Mietkosten (ca. 35 Euro pro Tag) für Umzüge genutzt werden kann (siehe Seite 7). Kontroverser diskutiert wurden die Beitritte zum fzs (freier Zusammenschluss von studentInnenschaften, siehe Seite 3) und ABS (Aktionsbündnis gegen Studiengebühren). Doch auch diese beiden Punkte konnten mit großer Mehrheit von 32 Ja-Stimmen bei sieben Nein-Stimmen beziehungsweise 31 Ja-Stimmen bei sieben Nein-Stimmen und einer Enthaltung verabschiedet werden. Der fzs ist der Dachverband der Studierendenvertretungen in Deutschland und vertritt politische, soziale und wirtschaftliche Interessen der Studierenden. Das ABS setzt sich

seit nunmehr zehn Jahren gegen die Einführung beziehungsweise für die Abschaffung der Studiengebühren ein.

Die deutlichen Abstimmungsverhältnisse zeigen, dass die Pläne des AStA auch außerhalb der Koalition auf Zuspruch stoßen.



Foto: Dickbauch

Vertreter des AStA besuchen Hochschulratssitzung

Zur letzten Sitzung des Hochschulrates waren Vertreterinnen und Vertreter des AStA und Robert Reiche als studentischer Vertreter der Landwirtschaftlichen Fakultät geladen. Die Landwirtschaftliche Fakultät durfte als einzige Fakultät einen studentischen Vertreter entsenden.

Für den AStA hielt Niklas Beckmann einen Vortrag, in dem er sich unter anderem für die Abschaffung der Anwesenheitspflicht aussprach.

Das Rektorat hielt diesen Punkt jedoch für eine Angelegenheit der Fakultäten und wollte daraufhin einen Dialog zwischen Studierenden, Fachschaften und Dozenten anregen, um Lösungen zu finden. Aus den Reihen des Hochschulrates kam dann der Vorschlag, eine Befragung der Studierenden durchzuführen, um das Problem der Anwesenheitspflicht zu lösen; vor einem Jahr stieß allerdings derselbe Vorschlag des AStA noch auf wenig Gegenliebe.

Robert Reiche argumentierte in der Frage der Anwesenheitspflichteten gegen einen

SP-Beschluss, der seinerzeit mit nur einer Gegenstimme gefasst wurde.

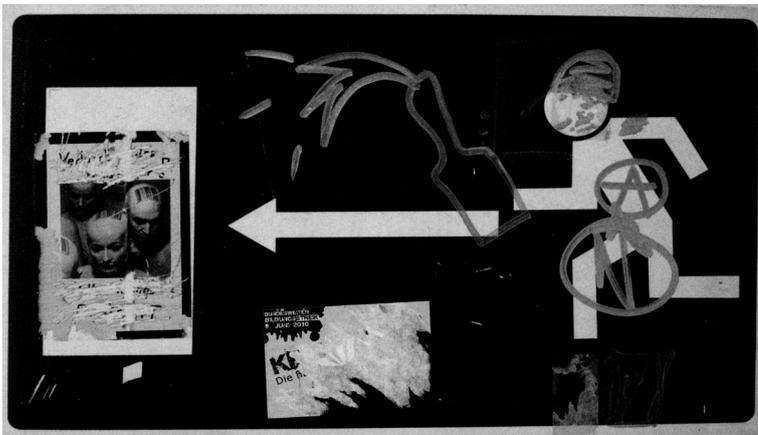
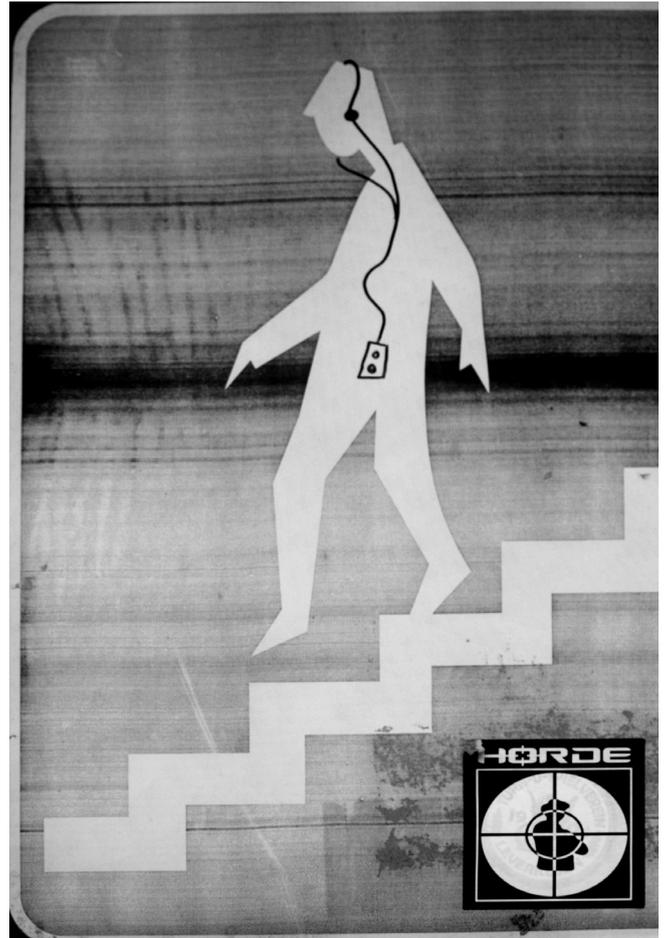
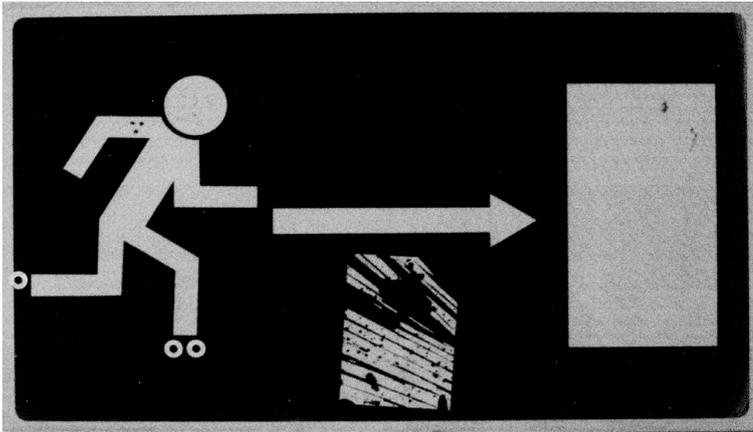
Niklas Beckmann sprach außerdem die Probleme der Umfänge von Modulen, des Prüfungsdrucks, der Hürden beim Zugang zum Master und bzgl. der Stipendienstiftung an. Erwartungsgemäß bekam die Studierendenschaft auf diese Fragen keine konkreten Antworten. Der Hochschulrat will sich jedoch künftig mit diesen Problemen befassen.

Offen reagierten die Mitgliederinnen und Mitglieder des Rates auf den Vorschlag, Such- und Orientierungsphasen zu Studienbeginn zu institutionalisieren, damit den Studierenden bei einem Fachwechsel nicht gleich der Makel eines abgebrochenen Studiums anhaftet.

Letzter Kritikpunkt war die undurchschaubare Verwendung der sogenannten „Studienbeiträge“. So findet man etwa auf der Homepage der Philosophischen Fakultät nur relative, aber keine absoluten Werte.

Was ist der Hochschulrat?

Der Hochschulrat ist ein Gremium der Universität. Seine Mitgliederinnen und Mitglieder werden für eine Amtszeit von 5 Jahren bestellt. Zu den Mitgliedern gehören keine Studierende. Der Hochschulrat soll das Rektorat beraten und kontrollieren – außerdem muss der Rat dem Hochschulentwicklungsplan, dem Entwurf der Zielvereinbarung und dem Wirtschaftsplan zustimmen. Häufig wird dem Hochschulrat eine mangelnde demokratische Legitimation und eine zu starke Ausrichtung nach den Interessen der Wirtschaft vorgeworfen.



Der StudiBus - ein neues Angebot des AStArates

Bisher mussten Studierende der Universität Bonn für ihren Umzug auf den PKW der Eltern oder auf teure Miettransporter zurückgreifen. Nun haben sie ab Oktober die Möglichkeit, einen Kleintransporter günstig und unkompliziert zu mieten.

Der Bonner Studitransporter beruht auf dem Modell des Carsharing: viele Menschen teilen sich dasselbe Fahrzeug, das ist günstig und schont die Umwelt, denn mit einem Ladevolumen von ca. 10 m³ ist ein Umzug in einer oder zwei Fahrten erledigt. In der Summe wird weniger Sprit verbraucht und auch noch viel Zeit und Mühe erspart, etwa um sperrige Möbelstücke in kleine Autos zu quetschen oder oft hin- und herzufahren. Das Projekt StudiBus in Bonn geht auf die Initiative der Grünen Hochschulgruppe zurück und wurde vom Ökologiereferat des AStA verwirklicht.

Ab dem 1. Oktober 2010 startet die Kooperation des AStA Bonn mit der Carsharing-Firma „einfach mobil“ und du kannst das Angebot sofort nutzen:

Bequem von zu Hause aus auf [\[bus.de\]\(http://bus.de\) den Transporter für den gewünschten Zeitraum reservieren, am Buchungstag bei der Aral-Tankstelle in der Landsberger Straße 2 abholen und losfahren. Alles, was du zum Reservieren brauchst, ist ein Führerschein, ein Personalausweis und eine Bankverbindung. Die Fahrer dürfen auch unter 25 Jahren alt sein.](http://www.studi-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Der Preis für den StudiBus beträgt 25 Euro für einen halben und 35 Euro für einen ganzen Tag zzgl. einer Fahrtkostenpauschale von 25 Cent für die Kilometer 1-149 und 15 Cent ab 150 Kilometern. Dazu kommt eine Kraftstoffkostenpauschale von 11-15 Cent pro Kilometer (ausgehend von den aktuellen Dieselpreisen). Die Voll-

kaskoversicherung ist inklusive. Ohne Studentenausweis kommt ein Aufpreis von 5 Euro dazu.

Der AStA Bonn und ghg:campusgrün wünschen dir einen erfolgreichen Umzug!



Nicht von gestern: Der neue Studi-Bus
Foto: Kieft

In Bonn lehrte auch:



Heinrich Hertz. Nach einem abgebrochenen Ingenieursstudium in Dresden und dem Ableisten des Militärdienstes studierte er zunächst an der TH München, dann an der Friedrichs-Wilhelms-Universität in Berlin Mathematik und Physik. Schon mit 23 Jahren promovierte er über die Rotation von Metallkugeln in einem Magnetfeld. Hertz entdeckte mit dem von ihm entwickelten Hertzschens Oszillator die Existenz elektromagnetischer Wellen. Damit schuf er die Grundlage für die drahtlose Kommunikation, die uns heute so selbstverständlich erscheint. Wohl jeder von uns benutzt den Hertzschens Dipol – die Antenne.

Ab 1889 lehrte er als Professor in Bonn Physik. Er starb 1894 mit nur 36 Jahren an Wegener-Granulomatose.

Im Jahre 1935 wurde die Frequenz-Einheit nach dem bedeutenden Physiker benannt. Seither gilt: $1/s = 1 \text{ Hz}$. Im Alltag begegnet uns diese Einheit etwa bei Rundfunkfrequenzen (z.B. 100 Mhz), der Frequenz des Wechselstroms (50 Hz) oder bei der Taktfrequenz eines Computer-Prozessors. Ein Ehrenrelief des Physiks im Hamburger Rathaus wurde während des Nationalsozialismus entfernt, da Hertz in den Augen der Nationalsozialisten ein Jude war. Nach Kriegsende wurde ein neues Relief angebracht.

Neue Hefte des AStA

Vom Bollywood-Tanz über Golf bis hin zum Rudern, das Angebot des Hochschulsportes bietet für jeden etwas. Im neuen Hochschulsportheft, das im AStA aber auch an vielen anderen Orten ausliegt, könnt ihr euch genau informieren, welche Sportarten angeboten werden.

Außerdem gibt das neue AStA-Uni-Handbuch allen Erstis, aber auch älteren Semestern Tipps rund ums Studieren und Leben in Bonn.

Neue Prorektorin und neues Hochschulratsmitglied

In den letzten Wochen wurden zwei wichtige Positionen in der Leitung der Universität neu besetzt. Die Pharmazeutin Christa E. Müller ist neue Prorektorin für Öffentlichkeitsarbeit und Internationales. Müller studierte Pharmazie in Tübingen und promovierte dort 1988. Nach Forschungsaufenthalten wurde sie 1994 Professorin in Würzburg. 1998 wechselte sie nach Bonn. Sie hat bereits 2001 bis 2004 dem Rektorat als Prorektorin für Planung und Finanzen angehört. Das Rektorat, bestehend aus Rektor, vier ProrektorInnen und einem Kanzler, leitet die Universität. Der AStA gratuliert Professorin Müller zu ihrer Wahl und wünscht ihr viel Erfolg bei ihrer Arbeit. Der Präsident der Alexander von Humboldt-Stiftung, der Molekularchemiker Helmut Schwarz, gehört nun dem Hochschulrat

an. Schwarz studierte nach einer Lehre als Chemielaborant auf dem zweiten Bildungsweg Chemie an der TU Berlin und promovierte 1972. 1978 erhielt er eine Professur für Massenspektroskopie und ist seit 1983 Professor für organische Chemie. Der Hochschulrat ist ein durch das Hochschulfreiheitsgesetz neu geschaffenes Gremium, das unter anderem das Rektorat wählt und den Hochschulentwicklungsplan beschließt. Die Mehrheit seiner Mitglieder gehört nicht der Universität an, Studenten sind in ihm nicht vertreten. Daher lehnt der AStA dieses Gremium ab. Trotzdem gratuliert er Professor Schwarz zu seiner Wahl und wünscht ihm ebenfalls viel Erfolg.

*Alex Krüger,
Referat für Hochschulpolitik*

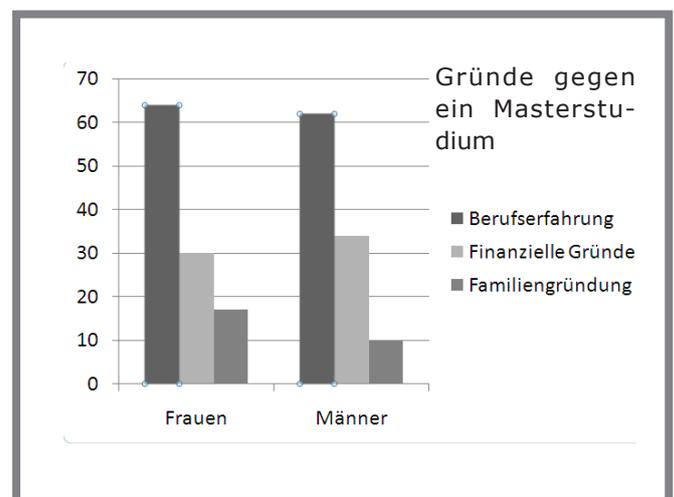
Umfrage von Bachelorstudierenden zur Aufnahme eines Masterstudiums Unterschiede (glücklicherweise) nur gering

Eine Umfrage von Bachelorstudierenden zeigt, dass der Unterschied in der Anzahl der Männer und Frauen, die planen, ein Masterstudium aufzunehmen, erfreulicherweise nur minimal sind. An der Umfrage nahmen 1839 Studierende teil, davon 1251 Frauen und 588 Männer. Von den Frauen gaben 18% an, dass sie kein Masterstudium aufnehmen wollen, bei den Männern waren es 14%. Bei den Frauen, die kein Masterstudium aufnehmen wollen, gaben 64% als Grund an, dass sie Berufserfahrung sammeln wollen, bei 30% spielen finanzielle Gründe eine Rolle. 17% gaben als Grund bzw. als einen der Gründe an, dass sie bald eine Familie gründen möchten. Bei den Männern nannten 62% den Einstieg in einen Beruf, 34% finanzielle Gründe und 10% eine Familiengründung, als Erklärung kein Masterstudium aufnehmen wollen.

Das Ergebnis der Umfrage zeigt, dass die Umstellung auf Bache-

lor/Master glücklicherweise keinen negativen Einfluss auf die Gleichstellung von Frauen nimmt, wie es die Zahlen zu den ersten Bachelor- und Masterstudiengängen befürchten ließen. Das Referat für Frauen und Gleichstellung bedankt sich bei allen Studierenden, die an der Umfrage teilgenommen haben!

*Lena Mevissen, Referat für Frauen
und Gleichstellung*



Haushaltsrechnung veröffentlicht

Wie üblich hat der AStA zum Beginn der vorlesungsfreien Zeit seine jährliche Haushaltsrechnung vorgelegt. Für das abgelaufene Haushaltsjahr 2009/2010 weist der Haushalt darin einen Überschuss von 137.519,32€ auf. Das ist zunächst einmal eine sehr erfreuliche Nachricht, erlaubt dies doch einen großen finanziellen Spielraum für künftige Vorhaben und bedeutet, dass die Verfasste Studierendenschaft auf gesunden Füßen steht.

Dennoch ist es wichtig, sich kritisch mit der finanziellen Situation auseinanderzusetzen. Schließlich ist es nicht das Ziel des AStA, Ersparnisse anzuhäufen, sondern das Geld zum Wohle der Studierendenschaft und zur Verbesserung der Studiensituation verantwortungsbewusst einzusetzen. Deshalb sollen im Folgenden einige zentrale Fragen beantwortet werden:

-Wie konnte dieser Überschuss entstehen?

Das Haushaltsjahr der Verfassten Studierendenschaft läuft vom 1. Juli eines jeden Jahres bis zum 30. Juni des Folgejahres. Für diesen Zeitraum wird vom Studierendenparlament ein Haushaltsplan verabschiedet, der den finanziellen Rahmen für den AStA vorgibt. Der Haushaltsplan wird immer ausgeglichen gestaltet, was bedeutet, dass die vorgesehenen Einnahmen den vorgesehenen Ausgaben entsprechen. Für einen Überschuss müssen also entweder die Einnahmen den Plan übertreffen oder die Ausgaben schöpfen den finanziellen Rahmen nicht aus. Beides ist im vergangenen

Haushaltsjahr eingetroffen, sodass letztendlich ein unerwartet hoher Gewinn stehenbleibt.

Erfreulicherweise haben sich die AStA-Läden deutlich besser entwickelt als im Haushalt eingeplant. Dazu kommen erhebliche Ausgabeposten, die entweder nicht ausgeschöpft (z.B. Referatssachmittel, Gehälter oder allgemeine Betriebskosten) oder in das inzwischen laufende Haushaltsjahr verschoben wurden (z.B. Renovierungskosten oder der fsz-Beitrag). Die eingesparten Sachmittel der Referate, aber auch in der Redaktion der AKUT, stellen indes kein Ruhmesblatt für den Vorgänger-AStA dar, der sich für den Großteil des abgelaufenen Haushaltsjahres verantwortlich zeichnet. Vielmehr zeigt sich darin die Inaktivität in Angebot und politischer Vertretung zu Zeiten des RCDS. Denn klar ist auch: Der Überschuss war nicht vorgesehen, sondern die Mittel hätten, auch nach dem Haushaltsplan des Vorgänger-AStA, für sinnvollere Zwecke eingesetzt werden sollen.

-Was hat der AStA mit dem Geld vor?

Aufgrund der Beitragssenkung mussten die Rücklagen im aktuellen Haushaltsplan auf ein Pflichtminimum zurückgeführt werden, um die bisherigen Leistungen des AStA auch in diesem Jahr aufrechtzuerhalten. Jetzt ist es möglich, die Rücklagen durch einen Nachtragshaushalt wieder zu erhöhen und so die Finanzen der Studierendenschaft zu sichern. Dies wird den weitaus größten Teil

des Überschusses in Anspruch nehmen (ca. 100.000€). Des Weiteren werden Ausgaben getätigt, die bereits im vergangenen Haushaltsjahr vorgesehen waren. Und schließlich ist es möglich, den Referaten mehr Sachmittel zur Verfügung zu stellen und auf diese Weise das Angebot des AStA auszubauen.

-Weshalb wurden die Beiträge erhöht, wenn jetzt ein Überschuss erzielt wird?

Diese Frage drängt sich angesichts der großen finanziellen Möglichkeiten durch den Überschuss sicherlich auf. Allerdings stehen diese beiden Ereignisse in keinem direkten Zusammenhang. Ziel des AStA muss es sein, eine ausgeglichene Haushaltsituation herzustellen. Langfristig sollte also ein Status erreicht werden, bei dem die regelmäßigen Einnahmen gleich den regelmäßigen Ausgaben sind und die Ausgaben nicht durch Rücklagen finanziert werden müssen. Dies wäre ohne Beitragsanpassung erforderlich geworden, da die eingeplanten Ausgaben bereits seit Jahren die Einnahmen übertreffen und die Rücklagen relativ bald abgebaut wären. Der jetzt erreichte Überschuss bringt hingegen nur einmalig zur Verfügung stehende Mittel. Deshalb bleibt die Beitragsanpassung weiterhin notwendig, damit der AStA langfristig und zuverlässig sein Angebot aufrechterhalten kann.

*Jakob Horneber,
Finanzreferat*

Studienführer Gender online

Unter <http://www.uni-marburg.de/fb03/genda/publ/studienfuehrer-gender-neu> findet ihr die aktuelle Version des „Studienführer Gender“. Inzwischen existieren in der Bundesrepublik Deutschland schon über 100 Professuren und Lehrstühle, die im Bereich Frauen- und Geschlechterstudien lehren und forschen. Um einen besseren Überblick über das Angebot im

deutschsprachigen Raum zu schaffen, wurde der Studienführer „Gender Studies“ sowie der Studienführer „Gender in der Politikwissenschaft“ ins Leben gerufen. Dort können sich Interessierte über Bachelor-, Master- sowie Zertifikatsstudiengänge in Deutschland, Österreich und der Schweiz informieren. Die Studienführer sind in Kooperati-

on zwischen dem Zentrum für Gender Studies und feministische Zukunftsfor-

schung und GendA - Forschungs- und Kooperationsstelle Arbeit, Demokratie und Geschlecht an der Philipps-Universität Marburg entstanden.

*Lena Mevissen,
Referat für Frauen und Gleichstellung*

Impressum

Redaktion:

Anne Gerdom,
Heraldo Hettich, Hendrick Walter,
Marius Rätz, Jan Bachmann,
Katja Kemnitz, Michael Topp

V.i.S.d.P.: Magdalena Möhlenkamp
Kontakt: basta@uni-bonn.de
AStA der Universität Bonn

Druck:

Brückner Offsetdruck, Bonn
Auflage: 2.500

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzung von Artikeln und Leserbriefen vor. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
Mo, 20.09.2010, 18 Uhr



Nassestr. 11, 53113 Bonn
www.asta.uni-bonn.de



Kurzer Bericht zur Veranstaltung am 15.08. im Kult41 in Zusammenarbeit mit den Riot Skirts und Queer Culture

Warum ist es einfacher, eine illegale Abtreibung in Polen durchführen zu lassen als eine legale in Südafrika? Diese Frage steht als Bilanz am Ende des Films „Abortion Democracy“ der unabhängigen Filmemacherin Sarah Diehl im Raum. Der Film aus dem Jahre 2008 vergleicht die politischen, legislativen und gesellschaftlichen Entwicklungen bezüglich des Schwangerschaftsabbruchs in beiden Ländern und versucht, ohne moralische Wertung die Notwendigkeit einer aufgeklärten Debatte des Themas in den Vordergrund zu rücken. In der anschließenden Diskussionsrunde bei der Vorführung des Films wurde noch einmal deutlich, wie wenig selbst in Deutschland ein Diskurs möglich ist, der die Position der Frau bei der Entscheidung stärkt – und wie sehr auch hier ein moralischer Backlash im Bezug auf die gesellschaftliche Akzeptanz des Themas im öffentlichen Umgang zu bemerken ist. Dabei versucht Sarah Diehl in ihrem Film nicht, die moralische Frage zu beantworten, sondern die Frage nach der gesellschaftlichen Dominanz über den weiblichen Körper durch die ständige Einübung weiblicher Stereotypen und die Folgen dieses Selbstbestimmungsentzugs zu stellen - und diese Faktoren ebenfalls

als eine moralisch zu beleuchtende Implikation zu verstehen. Weltweit sterben jedes Jahr schätzungsweise 70.000 Frauen bei der Durchführung illegaler Schwangerschaftsabbrüche (Zahl: WHO); der Zusammenhang zwischen mangelhafter Sexualaufklärung, hohen Gewaltquoten gegen Frauen und ungewollten Schwangerschaften ist in den meisten Ländern evident. Insbesondere christliche Funda-

mentalistenInnen streben danach, die Deutungshoheit über die Praxis der Abtreibung zu gewinnen: die ProLife-Bewegung scheint, wie in den USA, auch in Europa viele AnhängerInnen zu finden.

Ein Beispiel dafür ist der „1000-Kreuzemarsch“ in Münster, zu dem die Referentin einen kurzen Überblicksvortrag leistete. Der Anlass für die verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der Gruppe „Gegen 1000 Kreuze“ ist die Tatsache, dass TeilnehmerInnen einer Gegendemonstration 2009 zu großen Teilen unter fadenscheinigen Vorwänden von der Polizei festgehalten wurden. 120 Menschen befinden sich derzeit in juristischen Verfahren. Besonders auffällig sind die Vorwürfe, die an die GegendemonstrantInnen in den Verfahren bezüglich der Blockade gerichtet wurden. Konfetti zu werfen und laut zu pfeifen, ist in anderen Zusammenhängen durchaus positiv begrüßt worden- z.B. bei der Blockade rechter Aufmärsche in verschiedenen deutschen Großstädten, an denen etliche PolitikerInnen teilnahmen. Auch daran lässt sich ablesen, wie schwierig eine unvoreingenommene Diskussion auch in Deutschland ist.

Als Fazit der Veranstaltung,

die trotz der vorlesungsfreien Zeit und anhaltendem Regen einigen Zulauf hatte, bleibt festzuhalten, dass es für Frauen immer noch problematisch ist, sich ein selbstbestimmtes Bild vom eigenen Körper und eine Vorstellung ihres Lebens zu machen, da dies immer gegen tiefgreifende gesellschaftliche Widerstände durchgesetzt werden muss. Gerade die konservative Wende, die Europa seit Beginn der Wirtschaftskrise erfährt, führt dazu, dass Vereinigungen wie ProLife und andere misogynen Gruppen die Angst vieler Menschen vor den Veränderungen nutzen, um sie für ihre Ideen zu gewinnen. Das ist sicherlich keine profunde Erkenntnis. Aber es ist sicherlich ein Schritt in eine aufgeklärtere Gesellschaft, sich von einer pauschalen Erklärung und Abschreckung zu verabschieden, um solche Themen zu diskutieren. Dieses Schema sitzt gerade im Bezug auf die weibliche Selbstbestimmung noch viel zu tief.

Weitere Informationen siehe unter:
www.abortion-democracy.de
gegen1000kreuze.blogspot.de
www.riot-skirts.de
www.asta.uni-bonn.de/frauen



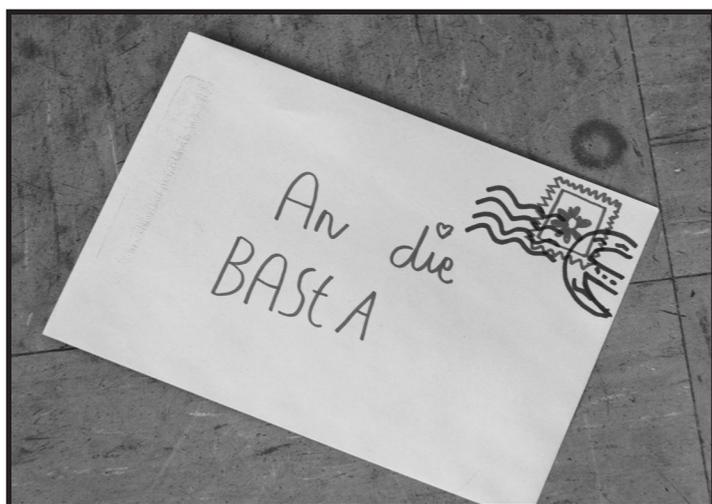
Gesucht: MitarbeiterIn für die BASTA Redaktion

Das Öffentlichkeitsreferat des AStA sucht ab sofort eineN neueN MitarbeiterIn für die BASTA Redaktion.

Der Aufgabenbereich als MitarbeiterIn ist sehr vielfältig und kann in Absprache mit den anderen MitarbeiterInnen flexibel gestaltet werden. Zu den Aufgaben können zum Beispiel das Schreiben von Artikeln, Zusammenstellen der Terminseite, das Führen von Interviews aber auch grafische Arbeiten gehören. Es besteht die Möglichkeit, eigene Ideen einzubringen und sowohl selbstständig als auch gemeinsam im Team zu arbeiten.

Bei offenen Fragen könnt ihr gerne im Zimmer 6 des AStA vorbei kommen oder eine Email an basta@asta.uni-bonn.de schreiben.

Eure Bewerbung ist zu richten an das *Öffentlichkeitsreferat des AStA, Nassestraße 11, 53115 Bonn*



Hallo liebe BASTA,

nachdem ihr meinen ersten Leserbrief leider – wie es früher der RCDS mit unliebsamen Leserbriefen auch getan hat – nicht abgedruckt habt, versuche ich es nun erneut. Der Artikel „Fucking Bonn“ hat mich schon sehr an dem Niveau der BASTA zweifeln lassen. Moralisierend werden hier völlig private Dinge, die journalistisch in keiner Weise relevant sind, öffentlich gemacht, wie man es allenfalls von der BILD gewohnt ist. Der AStA, der sich als ein linker versteht, muss sich fragen, wie er es denn mit dem Schutz der Privatsphäre hält. Privatsphäre ist Angelegenheit der jeweiligen Menschen und private Dinge wie Beziehungen haben ohne das Einverständnis der jeweils Betroffenen nichts in Publikationen wie der BASTA zu suchen. Enttäuschend, dass es offensichtlich sogar noch Studis gibt, die diesen Artikel lobten. Constanze Lopez eröffnete in ihrem Leserbrief, dass Dozenten nun mal im „Interesse der (Studierenden-)Öffentlichkeit stehen.“ Wollen wir wirklich wissen, wie sich unsere Dozenten beim Sex anhören? Bestimmt geht das niemanden etwas an! Genau so wenig, wie private Beziehungen. Der AStA kann von Glück sprechen, wenn der entsprechende Dozent keine rechtlichen Schritte gegen ihn wegen diesen Artikels eingeleitet hat. Ich habe ein Exemplar von Heinrich Bölls Roman „Die verlorene Ehre der Katharina Blum.“, das ich gerne an Frau Lopez, Frau Gratzke oder an die BASTA-Redaktion, sofern eine der Personen seine/ihre Gedanken noch einmal kritisch reflektieren möchte, abgeben würde. Bei Interesse bitte an die BASTA-Redaktion wenden, die ja meine email-Adresse hat.

Timo Duile

Hallo liebe BASTA,

Die Uni ist tot!
Es lebe die Uni!

Studiengebühren sind gerade nach der Landtagswahl wieder ein wichtiges Thema geworden. Die SPD, die sich im Wahlkampf noch als die Anti-Studiengebühren-Partei präsentierte, will die Gebühren

nun doch erst zum Wintersemester 2011/12 abschaffen. Und der AStA und die OLB? Von denen hört man reichlich wenig dazu. Stattdessen erklären in der BASTA die einen die Uni für tot, andere beweihräuchern sich und die Proteste. Die Wahrheit liegt dazwischen: Dass sich die meisten Studis ins private zurückziehen und sich nicht politisch engagieren ist offensichtlich, aber der Bildungsstreik konnte das Thema zum indert in die Öffentlichkeit bringen. Allein, zu behaupten, der Bildungsstreik hätte die Studiengebühren abgeschafft, ist sehr übertrieben. Die SPD hatte immer schon angekündigt, die Studiengebühren abschaffen zu wollen. Um so trauriger, dass der Druck offensichtlich nicht groß genug war, die Gebühren sofort abzuschaffen.

Der Kern des Problems liegt tiefer. Nicht wenige haben die Ideologie geschluckt, die besagt, dass nur das etwas Wert hat, was sich bezahlen lässt. Einer dieser Ideologen ist zum Beispiel unser Dekan an der Philosophischen Fakultät, der neulich im Generalanzeiger behauptete, erst die „Studiengebühren hätten die Lehre an der Philosophischen Fakultät (...) in Wert gesetzt.“ Vielleicht wäre Professor Günter Schulz besser im Management eines Konzerns untergebracht. Wer solch ein Verständnis von Wissenschaft hat, ist als Dekan denkbar ungeeignet. Aber diese, leider durchaus nicht ungewöhnliche Ansicht verdeutlicht ganz gut das Dilemma derjenigen, die sich für eine emanzipatorische, gebührenfreie und demokratische Bildung einsetzen: Die Ökonomisierung der Bildung wird als selbstverständlich angesehen, weil viele Menschen of-

fensichtlich nur noch fähig sind, in diesen Kategorien zu denken. Selbst in der Wissenschaft. Dabei wird das eigentliche Ziel der Wissenschaft, nämlich kritisch zu forschen unter dem Maßgabe des Ziels eines menschenwürdigen Lebens aller, verworfen und aus der Universität ein Betrieb.

Ich fordere deshalb alle diejenigen, die der Meinung sind, dass Bildung seinen Wert nicht durch das Bezahlen von Studiengebühren erhält, auf, die Diskussion nicht Menschen wie unseren Dekans zu überlassen und sich in die Debatte einzuschalten. Menschen mit vernünftigen Argumenten, besonders wenn sie zunächst romantisch klingen mögen, zu überzeugen, ist sicherlich eine langwierige Aufgabe. Aber genau das erwarte ich von kritisch denken den Studis, und besonders vom AStA, aber auch von all den Wissenschaftlern unserer Uni, die sich mehr noch als die Studis in den letzten Jahren durch ihr Schweigen zu hochschulpolitischen Themen auszeichneten.

Tot ist die Uni nicht, noch gibt es durchaus Studenten, denen nicht alles egal ist, was mit und an der Uni passiert. Aber von einem erfolgreichen Bildungsstreik kann auch nicht die Rede sein. Auch wenn es manchen kritischen Geist frustrieren mag, es gibt noch viel zu tun. Ich jedenfalls hoffe auf ein Semester der kritischen Dialoge und der Aktionen für freie und emanzipatorische Bildung!

Timo Duile

Wollt auch ihr eure Meinung zur BASTA oder zum Uni Geschehen loswerden?
Dann schreibt uns:

basta@asta.uni-bonn.de

Samstag, 25.09.

14:00 Uhr: Shoah (Teil 1)
 Filmvorführung der Gruppe Georg Elser
 Kult 41, Hochstadenring 41

Sonntag, 26.09.

14:00 Uhr: Shoah (Teil 2)
 Filmvorführung der Gruppe Georg Elser
 Kult 41, Hochstadenring 41

**„Kasimir und Karoline“
 von
 Ödön von Horváth**

Ein Stück voller hoffender und enttäuschter Menschen, die es nicht fertigbringen, aufrichtig mit sich selbst zu sein. Mit psychologischem Feingefühl und auf sprachlich eindrucksvolle Weise gelingt es Ödön von Horváth (1901-1938), Abgründe menschlichen Verhaltens auszuloten. Er beschreibt in Miniaturansichten die bevorstehende Massenpsychose, die zu Gewalt und den autokratischen Systemen im Europa des zwanzigsten Jahrhunderts führte.

„Kasimir und Karoline“ ist nicht allein die Tragödie um eine gescheiterte Liebe, sondern stellt unbequeme Fragen nach dem Funktionieren von Gesellschaft überhaupt. Das Stück bricht aber auch immer wieder die Schwere der Lebenspositionen ironisch auf und karikiert humorvoll die verschiedenen Milieus der Weimarer Zeit.

Eine Analyse, die uns angesichts der aktuellen Krise und dem Angstzustand unserer heutigen Gesellschaft interessieren sollte.

Regie: Marcus Brien

Liebe Leserinnen und Leser, von nun an erscheint die Basta wieder im zweiwöchigen Rhythmus. Wollt ihr für die nächste Ausgabe Termine anmelden, schreibt bitte an: basta@asta.uni-bonn.de



Beratungen*

Auslandsstudienber. (-7040)	00	00	00	00	12 ⁰⁰ -13 ⁰⁰	
BaföG-Beratung (-5874)	00	00	13 ³⁰ -16 ¹⁵	10 ⁰⁰ -13 ⁰⁰	00	
Coming-Out-Ber. (-7041)	00	00	00	00	11 ⁰⁰ -12 ⁰⁰	
EDV-Beratung (-9642)	00	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	000-	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	00	
Ernährungsberatung (-7043)	00	00	00	00	14 ⁰⁰ -15 ⁰⁰	
Hilfsfonds (-5874)	00	13 ¹⁵ -14 ⁴⁵	000-	00	00	
Psych.-soz.Ber.:STU (-7043)	00	15 ³⁰ -17 ³⁰ *	00	10 ⁰⁰ -12 ⁰⁰ *	00	* und nach Vereinbarung
Rechtsberatung (-5874)	000-	10 ⁰⁰ -12 ⁰⁰ in Poppelsdorf	10 ⁰⁰ -13 ⁰⁰	13 ³⁰ -16 ³⁰	00	
soz./pol. Engagement (-7043)	00	14 ⁰⁰ -15 ⁰⁰	00	00	00	
ST-Ausschuss (-5874)	14 ⁰⁰ -16 ⁰⁰	00	00	00	00	Anträge auf Erstattung des Semesterticket-Beitrages können jederzeit im Sekretariat abgegeben werden
ST-Beauftragter (-9642)	00	00	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	00	00	
Studiengeb.-Beratung (-7033)	00	00	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	00	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	
Stud. m. Beh. (bocks) (-5874)	00	16 ⁰⁰ -17 ³⁰ *	00	00	00	* und nach Vereinbarung
Studieren mit Kind (-5874)	00	11 ⁰⁰ -13 ⁰⁰	00	00	00	
Transgender-Beratung (-7041)	00	00	12 ⁰⁰ -13 ⁰⁰	00	00	
ASTA-Laden Nasse (-9088)	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	
ASTA-Laden Pop (-7016)	11 ⁴⁵ -14 ⁰⁰	11 ⁴⁵ -14 ⁰⁰	11 ⁴⁵ -14 ⁰⁰	11 ⁴⁵ -14 ⁰⁰	11 ⁴⁵ -14 ⁰⁰	
ASTA-Punkt Popmensa (-9482)		10 ⁰⁰ -12 ⁰⁰ Rechtsberatung	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰ Sozialberatung	00	00	
Soziales (-7043) 15	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰ 16 ⁰⁰ -18 ⁰⁰	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	12 ⁰⁰ -14 ⁰⁰	

*Beratungszeiten können in den Ferien abweichen, bitte informiert euch vorher über die Homepage des ASTA oder telefonisch.